

24. Mai 2016

Nr. 105

10. Jahrgang



Foto: K. Ufer

Die stellvertretende Landesvorsitzende der LINKEN und Landtagsabgeordnete Dr. Jana Pinka (Bildmitte) im angeregten Gespräch während der gemeinsamen Mai-Veranstaltung mit dem DGB-Kreisverband auf dem Freiburger Schlossplatz. Traditionell begingen viele Ortsverbände der LINKEN den Tag der Arbeit am 1. Mai und den Tag der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus am 8. Mai mit Veranstaltungen und dem Niederlegen von Blumen. Auch zur Beratung der Orts- und Basisgruppen-Vorsitzenden war ein Gewerkschafter zu Gast - Ralf Hron, Regionsgeschäftsführer der DGB-Region Südwestsachsen. Wir berichten in unserer aktuellen Ausgabe darüber.

Die drei Titelthemen dieser Ausgabe:

1. In den Blickpunkt gestellt:

Der 1. Mai in Döbeln, Freiberg
und Mittweida

2. Detailliert analysiert:

Die Kinderbetreuung im Landkreis
Mittelsachsen

3. Aus linker Sicht:

Die Rolle der Gewerkschaften in
Sachsen

2	editorial & standpunkt
3	kolumne & 8. mai - tag der befreiung
4/5	titelthema 1: der 1. mai in döbeln, freiberg und mittweida
6/7	titelthema 2: schwerpunkte der kreistagsausschüsse: nahverkehrsplan und kinderbetreuung
8	titelthema 3: gewerkschaften in sachsen heute
9	start der landtags-fraktions-tour in mittelsachsen
10	serie zur politischen bildung: beitrags-10-er. thema: menschenrechte im fokus
11	kreisvorstand & glückwünsche & jahrestage
12	termine & trauer & querbeet

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am 22. Juni 2016. Redaktionsschluss ist am Mittwoch, dem 15. Juni. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN zu spenden.

Spendenempfehlung: 12,00 Euro als Jahresbeitrag.

Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen

IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10

BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht.

Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE.

KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
z. Hd. der Redaktion der „LinksWorte“
09599 Freiberg, Lange Straße 34
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40

eMail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Reik Kneisel, Sabine Lauterbach, Michael Matthes, Sabine Pester, Robert Sobolewski, Marika Tändler-Walenta, Kerstin Ufer, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.)

Layout, Satz und Fotos:

A•Bi•Te
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstraße 23b
09557 Flöha/OT Falkenau

Verlag und Vertrieb: Eigenverlag und -vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ können auch über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN aufgerufen werden. Über einen Link findet man dort neben der aktuellen Ausgabe der „LinksWorte“ das Archiv aller Hefte seit September 2007.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

der Mai ist gekommen, für die LINKE hält er immer die Verpflichtung bereit, den 1. und den 8. Mai würdevoll zu begehen. In diesem Jahr fielen die Tage der Arbeit bzw. der Erinnerung und des Gedenkens an die Befreiung vom Hitlerfaschismus auf einen Sonntag, was sich negativ auf die Resonanz unserer Veranstaltungen, von denen wir ausführlich berichten, auswirkte.

Es nur noch ein reichlicher Monat bis zur Jahresmitte. Bis dahin finden die 1. Tagung des 5. Parteitages (am 28. und 29. Mai in der Messe Magdeburg) und der 13. Landesparteitag (am 18. Juni in der Park Arena Neukieritzsch) der LINKEN statt. Dort muss es zu klaren inhaltlichen Reaktionen der LINKEN auf den Rechtsruck im Lande kommen, der mit den Ergebnissen der Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt enorm verstärkt wurde. Interessierte Leser finden die aktuell vorliegenden Leit- und Sachanträge auf den Internetseiten der Bundes- bzw. Landespartei der LINKEN. In der sozialistischen Tageszeitung „neues deutschland“ wird zurzeit eine intensive Debatte um den künftigen Kurs der Partei geführt. Wir werden in unserer Juni-Ausgabe auf den Bundesparteitag und die aktuelle Diskussion im Vorfeld des Landesparteitages eingehen.

Am 30. Mai findet in Freiberg eine gemeinsame Beratung der Kreisvorstände Mittelsachsen und Zwickau der LINKEN statt. Auch darüber werden wir in unserem Juni-Heft ausführlich berichten.

Der mittelsächsische Kreistag kommt am 15. Juni zu seiner nächsten Sitzung zusammen. Aus der Sicht der Kreistagsfraktion der LINKEN berichten wir über vorbereitende Beratungen in den Kreistags-Ausschüssen mit dem Schwerpunkt der Kinderbetreuung.

Die Landtagsfraktion der LINKEN hat mit der Erarbeitung eines Konzeptes zur Landesentwicklung Sachsens aus linker Sicht begonnen. Die dazu berufene Arbeitsgruppe steht unter der Leitung unserer Freiburger Landtagsabgeordneten Dr. Jana Pinka, stellvertretende Landes- und auch Fraktionsvorsitzende. Über den Start der Fraktionstour „Sachsen - Region(en) der Zukunft“ haben wir bereits in unserer April-Ausgabe berichtet. In unserem aktuellen Heft steht die Tour-Etappe im Mittelpunkt, die Mitglieder der Fraktion am 4. Mai nach Brand-Erbisdorf, Eppendorf, Leubsdorf, Neuhausen und Sayda führte. Im Mittelpunkt der abschließenden Veranstaltung stand der öffentliche regionale Personennahverkehr (ÖPNV).

Unsere Serie zur politischen Bildung und Information widmet sich aus aktuellem Anlass dem Thema „Menschenrechte im Fokus“.

Unsere Leserinnen und Lesern wünschen wir eine anregende und interessante Lektüre.

innerparteiliche kursbestimmung und pluralismus - zwei seiten einer medaille

von Hans Weiske

In der kürzlich erschienenen Mai-Ausgabe „Sachsens Linke!“ fand ich folgende interessante Gedanken unseres Landesvorsitzenden Rico Gebhardt: „Wir tun wieder das, was wir am besten können: debattieren. In schöner Tradition werden Papiere produziert. Ich kritisiere das nicht, ich mache ja selbst mit. Innerparteiliche Kursbestimmung gehört sich für eine lebendige, pluralistische Partei“. Und ein Stück weiter: „Eine Partei, die sich allzu sehr auf die innerparteiliche Auseinandersetzung konzentriert, macht sich überflüssig“.

Zwei Aussagen, die in unserer Partei scheinbar schwer zusammen zu führen sind: Zuerst die - auch mit Kontroversen verbundene - innerparteiliche Kursbestimmung. Danach aber sollte dieser mehrheitlich bestimmte Kurs einheitlich verfolgt werden. Alles logisch! Aber wieviel Kraft brauchen wir stattdessen für die „Produktion“ und anschließende teilweise erbitterte Diskussion von diversen strategischen Eckpunkten, Leitlinien und Leitanträgen, nach denen später kein Hahn mehr kräht! Wieviel Energie verpulvern wir in der innerparteilichen Auseinandersetzung, die andernfalls viel produktiver genutzt werden könnte, um unsere Grundwerte in der Gesellschaft offensiv zu vertreten.

Sicherlich ist es in diesen Tagen notwendig, im Zuge der Asylproblematik und nach den bedrückenden Ergebnissen der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz in der LINKEN eine neue Strategiedebatte zu führen. Ich erwarte dazu vom bevorstehenden Bundesparteitag klare Aussagen, auch zu unserer künftigen Haltung gegenüber der SPD und den Grünen. Gleiches übrigens auch vom Landesparteitag Mitte Juni.

Wir sind eine pluralistische Partei und so soll es bleiben - das ist eine der wichtigsten Lehren aus der Geschichte der SED. Aber endloser innerparteilicher Pluralismus bis zum „geht nicht mehr“? Dann machen wir uns überflüssig - siehe Gebhardt. Dabei ist es vielfach so, dass scheinbar unvereinbare Positionen bei gutem Willen durchaus vereinbar sind. So gibt es ein Positionspapier des Forums Demokratischer Sozialismus (fds) bei der LINKEN unter der Überschrift „Protestpartei oder Angebotspartei, das ist hier die Frage!“. Für mich ist das keine Frage. DIE LINKE muss sowohl Protest-, als auch Angebotspartei sein. Oder nehmen wir die nach wie vor geführte Debatte unter dem Schlagwort „Unrechtsstaat DDR“. Sie flammte - nachdem sie im Frühjahr 2009 schon einmal die politische Diskussion bestimmte - im Herbst 2014 durch die Sondierungsgespräche der LINKEN mit SPD und Grünen in Thüringen neu auf. Jedem müsste klar sein, dass es sich um ein Kompromisspapier handelte, um erstmals Rot-Rot-Grün in einem Bundesland zu ermöglichen und den Ministerpräsidenten zu stellen. Deshalb halte ich es für nicht angebracht, wenn „Der Kniefall von Thüringen und die Glaubwürdigkeitskrise der Linken“ weiterhin thematisiert wird.

8. mai - tag der befreiung des deutschen volkes vom faschismus

auf seite - drei -
- immer konsequent links -
unser monatlicher
aktueller meinungsbeitrag

Kürzlich, genauer bei der gemeinsamen Sitzung von sächsischem Landesvorstand und Landesrat der LINKEN, wurde berichtet, unser Genosse Hans Modrow habe als Vorsitzender des Ältestenrates vor dem Bundesvorstand dargestellt, wie sehr die derzeitige politische Situation derjenigen vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten ähnelt. Was nicht mehr berichtet wurde, war Hans Modrows Vergleich der politischen Kraft der damaligen Kommunistischen Partei mit derjenigen der heutigen Partei DieLinke. Jene hatte eine Millionenmitgliedschaft, die genau wusste, wo der Feind steht. Wie verheerend die damalige Geschichte ausging, erinnert man sich am 8. Mai hier und am 9. Mai dort in Moskau. Dieses Kuriosum entstand, weil „Generalfeldmarschall“ Keitel die Kapitulationsurkunde kurz vor Mitternacht hier unterschrieb, als dort in Moskau bereits der 9. Mai angebrochen war.

Heute haben die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes wieder den Eindruck, die, die uns regieren, „schaffen das nicht“. Ein Volk sehnt sich nach Führung und, wenn diese ausbleibt, beginnt es nach einem Führer Ausschau zu halten. Man mag über die Exponenten der Alternative für Deutschland denken, was man will, aber aus Petry oder Gauland wird wohl kein Schicklgruber. Jedoch – in dieser Partei gibt es Typen, die genug Skrupellosigkeit und Demokratie- und Menschenhass in sich vereinen, um diese Partei im Handstreich übernehmen zu können und die sich dann ans Werk machen, die einfachen Lösungen umzusetzen. Diesmal werden es nicht die Juden sein, sondern die Muslime, aber ganz bestimmt wieder die Kommunisten.

Es bedarf einer Gegenmacht, um diesen Prozess – wenn er einsetzte – zu stoppen. Macht bedeutete in diesem Fall, dass unsere linken Argumente von den Menschen auf- und angenommen werden. Es hat keinen Zweck, bei den Leuten eine Einstellung vorauszusetzen, die sie nicht haben. Bringen wir also den Mut auf, unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern eine Stimme zu geben!

Eine solche Gegenmacht haben wir meiner Überzeugung nach im sächsischen Landesverband nicht, wie die oben erwähnte gemeinsame Beratung bewies. Im Gegenteil – die Mahner und diejenigen, die sich entgegenstellen wollen, und zwar der Verantwortungslosigkeit und Mittelmäßigkeit einiger, die das Sagen haben, werden als Spalter der eigenen Reihe diffamiert. Liebe GenossInnen, besser, liebe BundesgenossInnen weckt auf! Vierzig Jahre hatten wir in der DDR die Macht. Sie wurde nicht hinreichend gebraucht, um dauerhaft den braunen Ungeist totzutreten. Nun sind die Flammenzeichen wieder an der Wand. (mm)



In mehreren Orten Mittelsachsens, so in Freiberg, Flöha, Oederan und Rochlitz, wurde der 8. Mai - der Tag der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht - als Tag der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus begangen.

Auf unserem oberen Bild spricht Genosse **Dieter Grunert** vor dem Ehrenmal in Flöha. Die Rochlitzer

Antifaschisten versammelten sich an zwei Orten. Am Ehrenmal beim ehemaligen Bahnhof sprachen der Vorsitzende des Ortsverbandes Rochlitz-Geringswalde der LINKEN, **Robert Sobolewski** und der Bundestagsabgeordnete der LINKEN, **Jörn Wunderlich**. Auf der Muldenbrücke ergriff **Sven Krause** vom Rochlitzer Geschichtsverein das Wort.

der 1. mai 2016 - aktionstag für die kampagne der linken „das muss drin sein.“



1. Mai: Heute so wichtig wie vor 130 Jahren

Anlässlich des diesjährigen 1. Mai erklärten die Parteivorsitzenden **Katja Kipping** und **Bernd Riexinger** u.a.: „Prekäre Beschäftigung, Leiharbeit, Niedriglöhne, Löhne und Renten, die nicht armutsfest sind, abnehmende soziale Sicherheit, massive Deregulierung am Arbeitsmarkt, Angst vor der Zukunft, das ist die Lebenswirklichkeit für Millionen Menschen im Land. Eine Lebenswirklichkeit, mit der wir uns als LINKE nicht abfinden. Eine Realität, der wir den Kampf ansagen. Seit einem Jahr läuft unsere Kampagne „Das muss drin sein.“ erfolgreich. Unhaltbaren Arbeits- und Lebensbedingungen stellen wir konkrete Forderungen entgegen, die den Menschen wieder ins Zentrum politischen Handelns stellen. Dafür gehen wir am 1. Mai auf die Straße und rufen alle Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten auf, sich an Veranstaltungen, Aktionen und Kundgebungen zu beteiligen.“

Impressionen vom 1. Mai in Döbeln, Freiberg und Mittweida:

Der Döbelner Ortsverband kam traditionell vor der Geschäftsstelle direkt neben dem Stadttheater zusammen (Bild oben), die Genossinnen und Genossen aus Freiberg trafen sich zu einer gemeinsamen Veranstaltung

Jana Rathke berichtet aus Döbeln

Die Genossen des Ortsverbandes der Linken Döbeln luden ihre Mitglieder, Freunde, Sympathisanten und interessierte Bürger am 1. Mai zur Maifeier in Ihre Geschäftsstelle gegenüber dem Stadttheater ein. Es konnte in geselliger Runde über die großen und kleinen Probleme in Politik und Wirtschaft diskutiert werden. Für das leibliche Wohl wurde wie immer mit gegrillten Bratwürsten, selbstgemachten Salaten und Freibier gesorgt. Natürlich gab es auch etwas auf die Ohren un-

ter anderem mit Ernst Busch. Für die Jüngsten gab es Malutensilien. Dank des guten Wetters fanden sich neben unseren älteren Genossen auch viele Sympathisanten ein, insbesondere die, die durch den politischen Stammtisch den Weg bereits zu uns gefunden haben. So wurden angelegte Diskussionen geführt, nicht nur mit Döbelnern, sondern auch mit ihren Besuchern aus den westlichen Bundesländern. Auch ein paar Jugendliche fanden den Weg zu uns.

Als drängendstes Problem der Bürger, welches sich in der Diskussion herausstellte, ist der Wegfall der Bahnlinie Döbeln-Mei-

Ben. Dadurch werden ältere Bürger und Schüler aus den umliegenden Gemeinden in ihrer Mobilität stark eingeschränkt. Ein Erreichen der Landeshauptstadt in einem angemessenen zeitlichen Rahmen bzw. von Roßwein und Niedertriedis ohne eigenes Auto ist überhaupt nicht mehr möglich. Ebenfalls wird der Wegfall der Linie Chemnitz - Elsterwerda befürchtet, da die Betreibung ab 2018 neu ausgeschrieben wurde.

Eine besondere Anekdote war, dass die Genossen der Linken die Polizei bei der Rettung von Entenküken, die in ein Gulliloch gefallen waren, unterstützten.



Ruth Fritzsche berichtet aus Freiberg

Bei unstrat zum 1. Mai im neoliberalen Deutschland die Kollegin Annette Engelfried von der IG Metall Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Sachsen auf. Ihre Rede war klar und eindeutig.

Wie bereits in den vergangenen Jahren beteiligten wir uns als Partei DIE LINKE an dem vom DGB-Kreisvorstand Mittelsachsen organisierten Familienfest auf dem Freiburger Schloßplatz unter den Losung: „Zeit für mehr Solidarität“. Der Schloßplatz war 1.- Mai-gerecht durch die roten Stände der Gewerkschaften, der Partei DIE LINKE und

der SPD bunt und farbenfreudig gestaltet. Die Teilnahme hätte besser sein können. Unser unmittelbarer Nachbar zur Linken und zur Rechten war die Gewerkschaft Bau und der SPD-Ortsvorstand. In Anbetracht des Sonntags haben wir uns im Ortsvorstand darauf geeinigt, auf etwas Eigenes zu verzichten. Unser Anliegen war es, über das Pi-Haus Spielgeräte und ein Glücksrad für die Kinder und Interessierte zu organisieren. Die Kinder machten davon rege Gebrauch und wurden mit kleinen Geschenken bedacht. Darüber hinaus hat sich die Genossin Viola Roth, die erst seit kurzem Mitglied unserer Partei geworden ist, von sich aus bereit erklärt,

das beliebte Schminken der Kinder vorzunehmen. Sie hatte voll zu tun im wahrsten Sinn der Worte verzauberte sie die Gesichter der Kinder.

Wir können für uns konstatieren, wir hatten an unserem schön gestalteten Stand, zu der auch ein Soli-Basar gehörte, viel Zuspruch, so dass wir auch eine Menge Unterschriften gegen die sogenannten Panama-Papers sammeln konnten. Zu den Problemen mehr Personal in den Pflegeeinrichtungen und gegen die kommende Armutsrente kamen wir mit Bürgerinnen und Bürgern mit dem Hinweis auf unsere langjährigen rentenpolitischen Grundsätze ins Gespräch.



Robert Linke berichtet aus Mittweida

Dieses Jahr folgten der Einladung des mittweidaer Ortsverbandes knapp 50 Genossinnen und SympathisantInnen. Im sonnigen Hof der Gaststätte „Schwanenschlößchen“ wurden die Besucher des Maifestes ab 11.00 Uhr mit Musik und einer Hüpfburg begrüßt. Der Infostand wartete frisch bestückt mit allen Informationen zu regionalen, landes- und bundespolitischen Themen auf Interessierte.

Aus Anlass des traditionellen Termins sprachen Falk Neubert (Mitglied des Sächsischen Landtages), Torsten Bachmann (Ortsvorstand) und

der Studierendenvertreter der Hochschule Mittweida Gordon Oswald. Thematisch orientierten sich die Redebeiträge, wie für den 1. Mai üblich, an der Arbeit, ihrer Verfasstheit und ihrer Bedeutung für die verschiedenen Lebenswelten der Menschen. Deutliche Position dabei bezogen die beiden Redner aus unserer Partei. Sie stellten klare Forderungen, wie die Anhebung des Mindestlohns, das Zurückdrängen der prekärer Arbeitsverhältnisse und Maßnahmen gegen Altersarmut. Auf Situation des Mittweidaer Krankenhauses machte Torsten Bachmann aufmerksam. Als Stadtrat setzt er sich für mehr Transparenz bei den Entscheidungen, die die Situation der Klinik

und deren Entwicklung betreffen, ein. Gordon Oswald bereicherte mit seinen Ausführungen zur Hochschule und der Situation der Geflüchteten in Mittweida das Themenfeld.

Im Anschluss an die Redebeiträge nutzten die Anwesenden die Möglichkeit mit den Rednern ins Gespräch zu kommen. Etwa 14.00 Uhr verstummten die letzten Diskussionen und damit endete auch die Veranstaltung zum 1. Mai 2016. Der Weg in eine gerechtere und vernünftiger Welt bleibt ein Langer. Darum wird es auch nächstes Jahr wieder einen Tag der Arbeit in Mittweida geben. An dieser Stelle vielen Dank an die Redner, UnterstützerInnen und die BesucherInnen.



jugendarbeit und die einbindung neuer linker in mittelsachsen

mit dem DGB auf dem Schlossplatz (Bild mitte) und die Veranstaltung in Mittweida, auf welcher u.a. der Kreisvorsitzende **Falk Neubert** sprach, fand am Schwanenschlösschen statt (Bild unten). Unsere „Korrespondenten vor Ort“ **Jana Rathke** in Döbeln, **Ruth Fritzsche** in Freiberg und **Robert Linke** in Mittweida geben unseren Leserinnen und Lesern einen kleinen Einblick in den sonnigen 1. Mai.



von unserem Redaktionsmitglied
Reik Kneisel

Am 29. April 2016 lud der Kreisvorsitzende der LINKEN Falk Neubert, neue Mitglieder zu einem lockeren Gespräch in den Freiburger „Brauhaus“.

Falk hatte ein Vernetzungstreffen angedacht, um neue LINKE im Landkreis miteinander zu verbinden.

Für die erste Runde, die im Rahmen eines freien Beisammenseins geplant und durchgeführt wurde, wurde hier ein guter Startschuss gegeben. Betont wurde, dass die Jugend der Partei und die GenossInnen, die im Jugendverband linksjugend [solid] aktiv sind, ein wichtiger Faktor für die zukünftige Gestaltung der Politik in der Region, aber auch in ganz Sachsen

darstellen. Ohne junge und frische Leute, die sich beteiligen, verliert DIE LINKE. ihre personelle und politische Grundlage. Heraus kristallisiert hat sich deswegen der Plan, ein mehrtägiges Treffen zu planen, welches sämtliche junge GenossInnen an einen Tisch holen soll, damit über Ideen und Vorschläge diskutiert werden kann.

Marcel Dönicke und ich haben kurz unsere geplanten Aktivitäten der Linksjugend in Freiberg vorgestellt – es stieß auf reges Interesse seitens des Kreisvorsitzenden. Er unterbreitete uns dazu Unterstützung und machte ebenso Vorschläge, wie wir noch aktiver werden können. Ein Wunsch von ihm ist, für die StudentInnen der Stadt über unserer Plattform einen Stammtisch zu etablieren, um mit interessierten linken Leuten ins Gespräch zu kommen – natürlich ganz ungezwungen.

Gespannt dürfen alle jungen GenossInnen auch auf das Treffen im Juni/Juli sein, was Marika Tändler-Walenta gerade plant. Es soll ebenfalls ein Vernetzungstreffen werden, jedoch spielt hier die Spezialisierung auf ein derzeit kontrovers diskutiertes Thema eine große Rolle. Dazu wird es nach erfolgreicher Veranstaltung einen weiteren Bericht in den LinksWorten geben.

„die linke muss sich jetzt (neu) aufstellen, um ein stabilerer akteur in einer extrem polarisierten gesellschaft zu sein“

von Hans Weiske

Wir haben es uns als Redaktion auf die Fahnen geschrieben, vor allem über die Aktivitäten und Befindlichkeiten der LINKEN im Kreis Mittelsachsen zu schreiben und die „Oberhoheit“ über die Bundes- und Landespolitik den jeweiligen Leitungsgremien zu überlassen, wobei wir im Kollektiv nicht in jedem Falle alle einer Meinung sind. Aber es gibt bestimmte Situationen, wo es unter den Nägeln brennt, seine Meinung zu bestimmten aktuellen Entwicklungen auch im Bund und Land kund zu tun. Ich habe das mit meinem Standpunkt und Michael Matthes mit seiner Kolumne in dieser Ausgabe getan.

Wir steuern auf die Mitte dieses Jahres zu. Am gar nicht mehr so fernen Horizont grüßen die nächsten Bundestagswahlen und auch der sächsische Landtag und der mittelsächsische Kreistag steuern jeweils unter „Großen Koalitionen“ der Halbzeit zwischen zwei Wahlen entgegen. Unsere Gesellschaft ist vor allem durch die Flüchtlingsproblematik in Bewegung geraten und hat sich extrem polarisiert, wie wahrscheinlich noch niemals zuvor. Die Zustimmungswerte der Menschen in diesem Land für die AfD lassen Schlimmes ahnen, die parteipolitischen Kräfteverhältnisse scheinen aus den Fugen geraten zu sein. In einem aktuellen Diskussionsbeitrag des Bundesgeschäftsführers und Wahlkampfleiters der LINKEN, Matthias Höhn, werden dafür drei Ursachen ausgemacht:

- Wir haben ein Rassismus-Problem
- Wir haben ein Problem der sozialen Entscheidung, der ungerechten Verteilung von Vermögen
- Wir haben einen gewaltigen Akzeptanzverlust gegenüber Parteien und etablierter Politik

DIE LINKE hat die Landtagswahlen im März verloren. Die seither geführten intensiven Diskussionen zum Kurs unserer Partei müssen ihre Widerspiegelung auf dem bevorstehenden Parteitag finden. Die Partei, so Höhn, müsse sich jetzt (neu) aufstellen, um in der extrem polarisierten Gesellschaft ein stabilerer Akteur zu sein. Der Parteitag findet am Wochenende nach Auslieferung dieser Ausgabe der mittelsächsischen LinksWorte – am 28. und 29. Mai – statt. Im kommenden Monat, am 18. Juni – leider nach Redaktionsschluss unserer Juni-Ausgabe – kommt die sächsische LINKE zu ihrem nächsten Landesparteitag zusammen. Und im September wird noch dreimal gewählt: in Mecklenburg-Vorpommern, in Niedersachsen und in Berlin.

In unserem Editorial haben wir bereits darauf verwiesen und angekündigt, dass wir von beiden Ereignissen ausführlich berichten werden. Erfreulich ist, dass man sich im digitalen Zeitalter – wenn man die Zeit und den Willen dazu aufbringt – im Internet ausführlich informieren kann. Schon heute kann man unter www.die-linke.de bzw. www.dielinke-sachsen.de die Entwürfe der drei Leitartikel, den Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes und die Antragshefte für die Delegierten online abrufen. Gleiches trifft auf die Anträge zum Landesparteitag zu, in dessen Mittelpunkt ein Leitartikel unter dem kurzen Motto „Partei ergreifen!“ stehen wird. Auf dem Bundesparteitag sollen vor allem die folgenden drei Leitartikel diskutiert werden:

- Für Frieden und eine gerechte Weltordnung
- Für Demokratie und Solidarität! Gegen den Rechtsruck!
- Mehr für alle. Eine soziale Offensive für ein offensives Land!



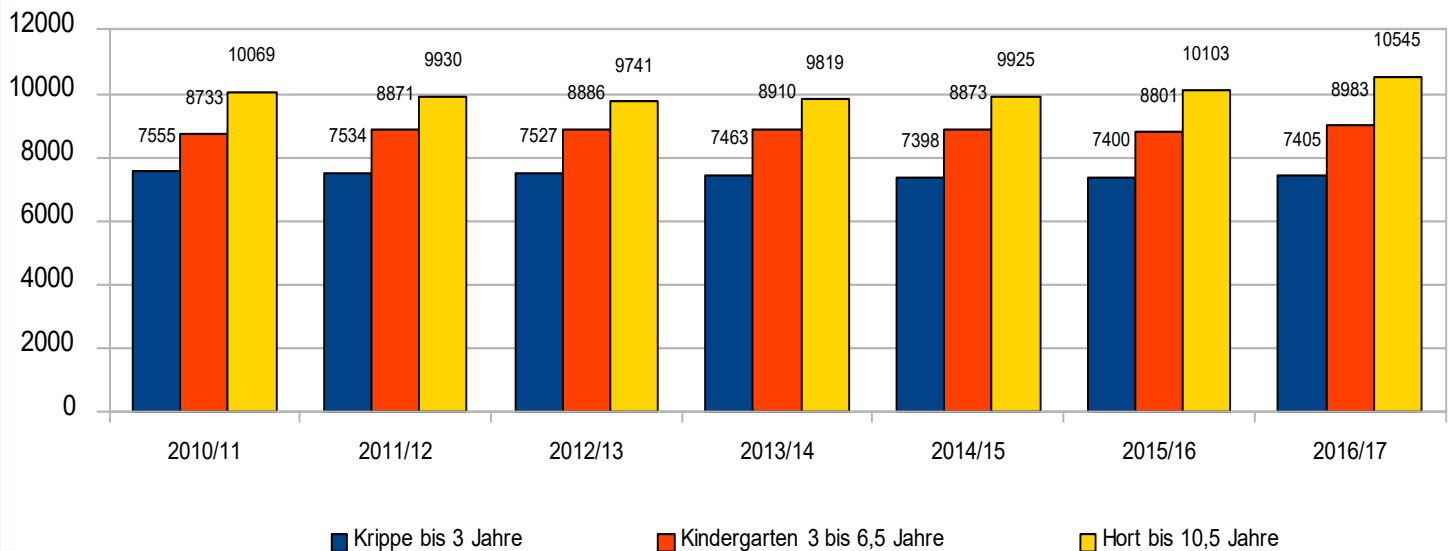
Aus dem Ausschuss für Umwelt und Technik

Für Mittelsachsen gibt es einen **Nahverkehrsplan** aus dem Jahr 2010. Dieser muss alle fünf Jahre fortgeschrieben werden. Im Oktober 2010 beschloss der Kreistag den derzeit gültigen Plan für die Jahre 2010 bis 2015. Nun haben wir uns seit letztem Jahr schon gefragt, wieso keine Informationen zur Fortschreibung kommen. Unser Fraktionsvorsitzender, **Gottfried Jubelt**, hat den Landrat dazu mehrfach angesprochen. Auch hat die Fraktion eine schriftliche Anfrage gestellt. Diese wurde vom Landrat aus unserer Sicht „labidar“ beantwortet. In der Antwort hieß es „Die Beteiligung des Landkreises Mittelsachsen erfolgte in der Erstellungsphase des Entwurfes in gemeinsamen Abstimmungsberatungen ständig, da der Landkreis hier selbst Verfahrensbeteiligter ist. Zuarbeitende einzelnen Fachreferate des Landkreises wurden bei der Erstellung des Entwurfes abgefordert und abgestimmt. Eine gesonderte Stellungnahme wurde nicht abgegeben. Aktuell sind für Mittelsachsen keine so relevanten Themen wie die Vergabe der Erzgebirgsbahn im Erzgebirge vorherrschend“. Auf gut deutsch heißt das aus der Sicht des Landratsamtes: Wir haben uns im Vorfeld damit beschäftigt und keine Kritikpunkte gefunden. Deshalb tun wir nichts. Aber genau hier liegt das Problem. Ganz im letzten Zipfel unseres Landkreises droht einer Bahnstrecke das Aus, weil der Vertrag mit der Freiburger Eisenbahn

Aus dem Jugendhilfeausschuss

Auch hier gibt es unsererseits Grund, kritisch nachzuhaken. Wir informierten, dass der Unterausschuss über die Prioritätenliste zur Vergabe der Landesfördermittel für Investitionen in Kindertagesstätten aus zeitlichen Gründen entscheiden soll. Bis jetzt bin ich auch davon ausgegangen, dass dieser dann auch ordentlich tagt und sich im Rahmen einer Diskussion mit der Sache beschäftigt. Als die Sitzungsunterlagen zur nächsten Sitzung ausgereicht wurden, wurde ich erst einmal aufgeklärt. Es gab keine Sitzung. Die Verwaltung hat einen Vorschlag ausgearbeitet, diesen den Mitgliedern des Unterausschusses zugesandt und unterzeichnen lassen. Keine Diskussion, keine Möglichkeiten zu Fragestellungen, rein gar nichts. Auch hier muss ich ein klares Demokratiedefizit feststellen. Zur Sitzung wurde das natürlich durch mich angesprochen. Zu den ausgereichten Investitionsmitteln muss ich sagen, dass die **Bedarfsmeldung aus den Kommunen einen Investitionsbedarf in Höhe von 2.247.524 EUR ergab. Es standen jedoch nur 469.008 EUR Landesmittel sowie 46.901 EUR Landkreismittel zur Verfügung.** Wenn das so weitergeht, werden unsere Städte und Gemeinden künftig auch noch so elementare Ausgaben wie Brandschutz etc. aus eigenen Gemeindemitteln ohne Förderung stemmen müssen. Das Land zieht sich immer weiter zurück. Derzeit bleibt nur die Hoffnung, dass es vielleicht doch noch einen Nachschlag vom Land Sachsen gibt. Den Kämmerer des Landratsamtes wird

Entwicklung der Zahl der im Landkreis wohnhaften Kinder



für die Strecke Freiberg – Holzgau nur bis zum Jahr 2019 geht, der Nahverkehrsplan jedoch bis 2020 fortgeschrieben wird. In dem Entwurf des Nahverkehrsplanes steht geschrieben, dass eine Ausdünnung vom Stundentakt zum 2-Stundentakt geprüft werden soll. Vor dem Hintergrund einer möglichen Neuordnung des SPNV im Bedienungsraum soll die Linie 732 zu einer Plus-Bus-Linie entwickelt werden.

Also hier stinkt es gewaltig. Der Landrat unterlässt es, sich um diese Region zu kümmern. Der Ausschuss für Umwelt und Technik wird auch nur informiert. Es ist eine Informationsvorlage für die Maisitzung vorgesehen. Da gibt es weder die Möglichkeit der Diskussion noch eine Abstimmung. So sieht die Demokratie in unserem Landkreis aus.

das allerdings gefallen, muss doch der Landkreis fast keine Eigenmittel aus seinem Haushalt hier aufwenden.

Zum Jugendhilfeplan des Landkreises Mittelsachsen

Aktuell wurde der Teilfachplan D – **Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege bis 2018** - beschlossen. Da Eltern gegenüber dem Landkreis einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz haben, muss der Landkreis die Plätze planen. Die Fördermittel

Inanspruchnahme der Kinderbetreuungsangebote in Mittelsachsen per 30.06. 2015

unter einem Jahr	1,5 Prozent
1 bis unter 2 Jahre	61,9 Prozent
2 bis unter 3 Jahre	83,6 Prozent
3 bis unter 4 Jahre	89,8 Prozent
4 bis unter 5 Jahre	95,5 Prozent
5 bis unter 6 Jahre	94,5 Prozent
6 bis unter 7 Jahre	101,4 Prozent
7 bis unter 8 Jahre	88,3 Prozent
8 bis unter 9 Jahre	84,0 Prozent
9 bis unter 10 Jahre	76,1 Prozent
10 bis unter 11 Jahre	64,3 Prozent

für Investitionen dieses Bereiches gehen somit auch über das Landratsamt. Erfreulich ist, dass sich die Geburtenzahlen positiv entwickeln. In unserem Landkreis leben fast 27.000 Kinder im Alter bis 10,5 Jahren. Dies ist das Alter, bis zu dem ein Betreuungsplatz vorgehalten werden muss. Unserem Diagramm kann die Entwicklung der im Kreis wohnhaften Kinder in den entsprechenden Altersstufen seit 2010 entnommen werden.

Im Landkreis Mittelsachsen gibt es ein flächendeckendes Netz an Kinderbetreuungsangeboten. Insgesamt stehen 246 Kindertageseinrichtungen und 65 Kindertagespflegepersonen zur Verfügung, um die Betreuung der Kinder abzusichern. Die Vorhaltung von Plätzen und deren Auslastung wird vom Landratsamt ständig überwacht. Trotzdem gibt es einige Städte und Gemeinden, in denen nicht ausreichend Plätze zur Verfügung stehen. Der prozentuale Anteil der betreuten Kinder in den einzelnen Altersstufen kann der nebenstehenden tabellarischen Übersicht entnommen werden.

Hin und wieder gibt es auch einen Trägerwechsel bei den Einrichtungen. Zum Stichtag 30.06.2015 befanden sich Landkreis weit 108 Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft. 138 Einrichtungen unter Trägerschaft der freien Jugendhilfe. Sowie 65 Kindertagespflegepersonen. Im Jahr 2015 ist eine neue Kita-Einrichtung in Freiberg dazu gekommen. In der Gemeinde Halsbrücke entstand ein neuer Hort.

Die Planung der Kapazitäten ist nicht immer ganz einfach. Besonders wenn die Kinder vom Kindergarten in die Schule wechseln kann man nur in etwa einschätzen, wie viele Kinder künftig im Hort betreut werden sollen. Für Kinder von ein bis unter drei Jahre müssen Plätze vorgehalten werden. Da diese Kinder jedoch oft nur „Teilzeit“ betreut werden, die Plätze jedoch ganztägig zur Verfügung stehen, entsteht hier der Eindruck, dass die Nutzung nicht besonders hoch sei. Die ist aber zu relativieren.

Einen Überblick über den Versorgungsgrad in Mittelsachsen erhält man durch die untenstehenden Tabelle.

Versorgungsgrad durch die Kinderbetreuungseinrichtungen in Mittelsachsen

	Krippe	Kindergarten	Hort
Wohnhafte Kinder	7.517	9.211	10.139
Betriebene Plätze	4.360	10.501	9.258
Betreute Kinder	3.701	10.005	8.113
Auslastung (betreute Kinder/betriebene Plätze)	86,7 Prozent	95,7 Prozent	86,9 Prozent
Versorgungsgrad (betriebene Plätze/wohnhafte Kinder)	57,9 Prozent	114,0 Prozent	91,3 Prozent
Betreuungsquotient (betreute Kinder/wohnhafte Kinder)	49,2 Prozent	108,6 Prozent	80,0 Prozent

In unserer April-Ausgabe informierten wir über die Gründung einer Regionalgruppe Mittelsachsen des Liebknecht-Kreises Sachsen. Inzwischen ist durch Marcel Dönicke, Student der Energietechnik an der Bergakademie Freiberg, das Positionspapier des Liebknecht-Kreises Sachsen durch Standpunkte zur Energie- und Umweltpolitik ergänzt worden. Wir dokumentieren kurze Auszüge daraus.



klarer standpunkt zur energie- und umweltpolitik als absolut linke position

Das Positionspapier vom Liebknecht-Kreis Sachsen (LKS) zur derzeitigen Situation der Partei DIE LINKE ist ein gelungenes Stück Arbeit der SozialistInnen in der Partei. ... Was uns Genossen aus dem Liebknecht-Kreis Mittelsachsen (LKM) jedoch fehlt, ist ein stärkerer Bezug auf die Energie- und Umweltpolitik unserer Partei. Natürlich müssen wir unsere sozial(istisch)en Positionen in ganzer

Breite demonstrieren ... wenn wir aber in der Moderne der Politik und vor allem in der linken und sozialistischen Politik ankommen wollen, müssen wir auch im Energie- und Umweltbereich klar Stellung beziehen. ... Als linke Kraft in der Politik müssen wir klar sagen, was unsere Ziele im „grünen“ Bereich sind. **Hinweis:** Der detaillierte Standpunkt des LKM zur Energie- und Umweltpolitik kann bei der Redaktion angefordert werden.

gewerkschaften in sachsen heute - massenwirksames stellen der sozialen frage



von Reinhard Kluge,
Rechenberg-Bienenmühle

U nser Kreisvorsitzender **Falk Neubert** hatte am 3. Mai einen namhaften sächsischen Gewerkschafter zur Beratung mit den Orts- und Basisgruppenvorsitzenden eingeladen. **Ralf Hron**, Geschäftsführer der DGB-Region Südwestsachsen, vermittelte unter dem Thema „Kriterien und Praxis für gute Arbeit“ überzeugend Informationen und Einsichten in die gewerkschaftliche Arbeit und öffnete damit für manchen von uns eine neue umfassendere Sicht auf die Gewerkschaft, ihre gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben und die aktuelle Lage bei den Lohnkämpfen.

Mit rund 280.000 Mitgliedern in Sachsen, darunter 87.000 Metaller und 97.000 Angestellte, sind die Gewerkschaften zweifellos eine bedeutende gesellschaftliche Kraft im Kampf für soziale Gerechtigkeit, gegen den neoliberalen Hauptstrom und für die Erweiterung der demokratischen Rechte der lohnabhängig Beschäftigten. In linken Debatten wird häufig die Frage nach den Trägern des gesellschaftlichen Fortschritts gestellt. Die Demos am 1. Mai und die aktuellen Ergebnisse der Auseinandersetzungen über angemessene Lohnerhöhungen in Verwaltung und Industrie sind darauf eine überzeugende Antwort. Hier wird die soziale Frage, die unmittelbarer

Bestandteil unserer Programmatik ist, massenwirksam gestellt, und die Mitglieder folgen dem Ruf ihrer Gewerkschaft, die eine beeindruckende Mobilisierungskraft entwickelt. Jeden Tag gewinnt der DGB 1.000 neue Mitglieder und kann damit die altersmäßig entstehenden Abgänge mindestens ausgleichen.

Während sich die Industriegewerkschaften vorrangig um Tarifrager und Arbeitsbedingungen kümmern, konzentriert sich der DGB als Gesamtorganisation auf Grundfragen der Sozial- und Bildungspolitik der Werktätigen und deren finanzielle Voraussetzungen. Als eine davon würdigte Ralf Hron die Einführung des Mindestlohns als großen Erfolg. Von der Linkspartei auf die Tagesordnung gesetzt und zunächst vom Kapital und seinen politischen Parteien heftig bekämpft, hat sich diese Forderung als Erfolgskonzept erwiesen. Allerdings habe die Kanzlerin mit seiner Einführung der Linkspartei ein wichtiges Thema entwinden können. In Mittelsachsen lagen vor Einführung des Mindestlohnes die Durchschnittslöhne noch unter dem Niveau Mecklenburg-Vorpommerns, eine Folge der Biedenkopf-Politik, Sachsen als Billiglohnland für das

„Die von der Linkspartei auf die Tagesordnung gesetzte Forderung nach einem Mindestlohn hat sich als Erfolgskonzept erwiesen.“

Kapital besonders attraktiv zu machen, ohne den erwarteten durchgreifenden Erfolg. Aber die weitverbreiteten Löhne von 2,50-4,00 EUR gehören nun der Vergangenheit an. Rund 17 000 Beschäftigte erhalten in Sachsen nun Mindestlohn. Und selbst die Unternehmerseite muss einräumen, dass der Mindestlohn gesamtwirtschaftlich nicht, wie vorher behauptet, eine Katastrophe ist, sondern sich nicht nur für die Arbeiter, sondern auch binnenwirtschaftlich als günstig erweist. Ralf Hron unterstrich, dass heute mehr als 80 Prozent den Mindestlohn positiv sehen, und er äußerte sich überrascht, dass die LINKE diesen bedeutenden sozialen Erfolg nicht offensiv an ihre Fahnen geheftet hat.

Einen bemerkenswert kritischen Blick warf Ralf Hron, selbst SPD-Mitglied, auf die Agenda 2010, deren soziale Konsequenzen nicht zuletzt die Wirkungsmöglichkeiten der Gewerkschaft bescheiden

sollte. Heute ringt der DGB mit folgenden Themen um soziale Gestaltungskraft:

■ Gute Arbeit

Dabei geht es nicht nur um die Lohnstarife, sondern auch um Arbeitszeit, Mitbestimmung, Gesundheit, Vereinbarkeit von Arbeit und Familie und die zukünftigen Perspektiven, auch unter dem Gesichtspunkt des Vordringens der Informationstechnologie in den Arbeitsprozess. Darüber ist ein Diskussionsprozess im Gange. Als wichtiges aktuelles Thema wurde das Problem der Leiharbeiter und der Zeitverträge benannt. Hier müsse auf dem Arbeitsmarkt ganz entschieden aufgeräumt und „Ordnung geschaffen werden“.

■ Alterssicherung

Angesichts der zu erwartenden Altersarmut nicht nur bei Frauen und im Osten wird sich der DGB diesem Thema besonders zuwenden. Ein wichtiger Schritt wäre die Rücknahme der auf die Schroeder-Regierung zurückgehende Rentenformel 43 Prozent (eine der „Hauptsünden der SPD“), die dazu führt, dass die Hälfte aller zukünftigen Rentner Zusatzleistungen benötigt. Der Berechnungssatz muss also wieder angehoben werden, mindestens auf 50 Prozent. Ein einheitliches Rentenrecht muss gestaltet werden.

■ Finanzierungsgrundlagen des Sozialstaates

Eine befriedigende Lösung der sozialen Probleme in der BRD verlangt nach einer neuen Konzeption der Finanzierung des Sozialstaates. Deshalb werde der DGB ein neues Steuerkonzept auf die politische Agenda setzen. Es ist absolut unverstänlich, dass bei einem Gesamtvermögen der BRD von neun Billionen EUR Sozialstaat und auskömmliche Renten nicht finanzierbar sein sollen. Auf der Tagesordnung steht die Umverteilung von oben nach unten. Es existiert eine „Parallelgesellschaft der Superreichen“, aber diese

ist nicht unantastbar. Ein zentrales Thema dabei ist die angemessene Besteuerung von Kapitalerträgen, ein Thema, das allerdings auf nationaler Ebene allein nicht lösbar ist.

■ Integration

Ralf Hron unterstrich die wirtschaftliche Bedeutung der Zuwanderung. Vielen unserer Mitbürger ist nicht bewusst, dass Sachsen angesichts der Bevölkerungsentwicklung etwa 15 Prozent Zuwanderung braucht. Die Zuwanderer für produktive Arbeit vorzubereiten, ist angesichts der fehlenden Sprachkenntnisse und der unterschiedlichen Vorbildung ein immenses Problem. Die dafür erforderlichen Strukturen im Bildungssystem reichen nicht aus. Interessant: Die Manager wissen das und treten deshalb aktiv gegen Äußerungen der Fremdenfeindlichkeit in ihren Belegschaften auf.

Wer diese Punkte bedenkt, der wird die Übereinstimmung zwischen den gewerkschaftlichen Forderungen und der Programmatik und aktuellen Zielen der Linken mit Zuversicht konstatieren, ein wichtiger Ausgangspunkt dafür, die soziale Interessenvertretung auszubauen und den Kampf um die Köpfe an der Gewerkschaftsbasis zu führen.

Kurz vor Redaktionsschluss erreichte die Redaktion ein weiterer Artikel von Reinhard Kluge unter der Überschrift „Nehmen wir die Anregungen des Liebknechtkreises auf!“, den wir aus Platzgründen in dieser Ausgabe leider nicht mehr unterbringen. Ausgangspunkt waren die im Aprilheft der Mittelsächsischen Linksworte veröffentlichten Beiträge von Michael Matthes und Reik Kneisel, in welchen Sorgen über aktuelle Entwicklungsprobleme der LINKEN thematisiert wurden. Der Beitrag endet mit der persönlichen Bemerkung, dass die bemerkenswerten Äußerungen der beiden, namentlich aber unseres jungen Mitgliedes Reik Kneisel, nicht ohne eine positive Reaktion bleiben sollten. Das gebiete, so Reinhard Kluge abschließend, auch eine Gesprächskultur, für die er in der Partei immer geworben habe.

„Hier leben, hier bleiben“ - tour der landtagsfraktion der linken startete in brand-erbisdorf

Text und Foto: Kerstin Ufer

Fehlende regionale Wirtschaftskreisläufe, lückenhafte Gesundheitsversorgung, ausgedünnter öffentlicher Nahverkehr, intensive Sicherheitsdebatten – die Attraktivität der sächsischen Regionen fernab von Chemnitz, Dresden und Leipzig steht auf dem Spiel. Dabei gibt es viele junge und ältere Menschen, die in ihrer Region leben und bleiben möchten. Wie lassen sich gute Lebensbedingungen in den sächsischen Regionen sichern? Was wünschen sich die Menschen für ihre Region? Landtags- und Bundestagsabgeordnete der LINKEN werden unter dem Motto „Hier leben, hier bleiben. Regionen der Zukunft“ bis Oktober 2016 durch die ländlichen Räume des Freistaates touren, um diese Fragen sowie LINKE Positionen und Lösungsvorschläge mit den Menschen zu diskutieren.

Es war ein langer, aber sehr informativer und nachhaltiger Tag für den Fraktionsvorsitzenden Rico Gebhardt und die stellv. Fraktionsvorsitzende Dr. Jana Pinka: Am Mittwoch, dem 4. Mai, gaben sie an einem Infostand in Brand-Erbisdorf gemeinsam den symbolischen Startschuss zur Fraktionstour „Sachsen – Regionen der Zukunft“, um dann auf ihre Tour durch die Erzgebirgsregion des Landkreises Mittelsachsen zu gehen.

Gemeinde Eppendorf

Bereits 10 Uhr erwartete sie Eppendorfs Bürgermeister Axel Röthling (SPD) in seinem Amtszimmer. Er wurde im vergangenen Jahr in sein verantwortungsvolles Amt gewählt und berichtete über das Leben der Menschen in der Gemeinde, zu der die Ortsteile Großwaltersdorf und Kleinhartmannsdorf gehören. In der Kommune leben etwa 4300 EinwohnerInnen. Es gibt sowohl eine Grund- als auch eine Oberschule, Kitas, Pflegeeinrichtungen, mehrere Einzelhandelsgeschäfte und mittelständische Unternehmen. Hauptarbeitgeber in der Gemeinde sind vor allem Kunsthandwerks- und Landwirtschaftsbetriebe. Eppendorf hat eine gute Verkehrsanbindung. Im Ort befindet sich ein Busbahnhof, der zurzeit als Knotenpunkt von Regiobus ausgebaut wird. Eine Bahn-anbindung gibt es nicht.

Agroprodukt Leubsdorf

Axel Röthling bekleidete Rico Gebhardt und Dr. Jana Pinka dann zum nächsten Termin: In der 2014 neugebauten, modernen Milchviehanlage der Agroprodukt GmbH Leubsdorf, die zum Teil auch auf Eppendorfer Flur gebaut wurde, trafen sie sich mit dem Geschäftsführer



Thomas Wirth und erfuhren bei einem Rundgang durch die Ställe, dass sich die GmbH seit 1993 neben der Milchproduktion hauptsächlich auf den Anbau von Getreide und Kartoffeln spezialisiert hat.

Auf die derzeitigen Probleme angesprochen, betonte er, dass es vor allem auf eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Landwirtschaftsbetrieben und den Molkereien ankommt. Hauptsächlich wäre allerdings die sofortige nachhaltige Unterstützung der Bundes- und Landespolitik nötig, um die existenzbedrohende Lage zahlreicher milcherzeugenden Betriebe abzuwenden. Senior-Geschäftsführer Gerhard Opitz übergab dem Fraktionsvorsitzenden einen Appell, in der die Erzeugergemeinschaft Milch – Milchquelle Chemnitz w.V. die aktuellen, sich immer mehr verschärfenden Probleme schildert und alle politischen Entscheidungsträger auffordert, zügig und unverzüglich ein Entlastungsprogramm umzusetzen.

Gemeinde Neuhausen

Von wachsender Bürokratie und immer komplizierter werdenden Verfahren beim Beantragen von Fördermitteln weiß Neuhausens Bürgermeister Peter Haustein (parteilos) ein „Lied zu singen“. Er ist einer der dienstältesten und erfahrensten Gemeindeoberhäupter des Landkreises. Zwar freut er sich über die Fördergelder, die auch der Gemeinde Neuhausen vom Freistaat Sachsen aus dem Fond „Brücken in die Zukunft“ ausgereicht werden, ärgert sich aber über die Förderzwänge, die damit verbunden sind. Viel lieber würde er mit dem Geld mehrere kleinere, aber dringende Schäden beseitigen. Er wünscht sich, dass die Landesregierung den Bürgermeistern dazu mehr Verantwortung und Vertrauen in die eigene Entscheidungsfindung entgegenbringt. Ein dementsprechendes Schreiben wurde von der Staatsregierung allerdings nur sehr unbefriedigend beantwortet. Als sehr lobenswert hob das Gemeindeoberhaupt die noch immer unermüdliche Arbeit von Genossin Ilse Schroth hervor. Die Neuhausener Seniorin organisiert seit vielen Jahren ein 14-tägiges Treffen des



In der Leubsdorfer Milchviehanlage, die zum Teil auch auf Eppendorfer Flur gebaut wurde, unterhielten sich die Landtagsabgeordneten mit Geschäftsführer Thomas Wirth (3.v.l.) und Eppendorfs Bürgermeister Axel Röthling (l.)

Bürgermeisters mit RentnerInnen des Ortes. Bei Kaffee und Kuchen haben die älteren EinwohnerInnen die Möglichkeit, Neues aus der Gemeinde zu erfahren, Fragen an den Bürgermeister loszuwerden und Sorgen, Probleme, aber auch Ideen und Erfahrungen zu diskutieren. Eine schöne Tradition, die wohl in Mittelsachsen ihresgleichen suchen dürfte.

Sayda/Gewerbeverein Sayda

Auch die Gewerbetreibenden in Sayda haben mit einigen Problemen zu kämpfen. Das wurde in einem Gespräch mit dem Gewerbevereinsvorsitzenden Thomas Gerlach deutlich. Zunächst berichtete er vom Erfolg der ersten Gewerbeschau des Vereins im April dieses Jahres. Unter dem Motto „Wir für die Gemeinschaft“ präsentierten zahlreiche Unternehmen der Gemeinde in einer gemeinsamen Aktion ihre Leistungsspektren und bewiesen, dass es gerade jetzt wichtig ist, gemeinsame Interessen und Vorhaben auch gemeinsam umzusetzen. Da kleine Gemeinden vom Freistaat auch weniger Fördermittel bekämen, wäre allerdings keine Planungssicherheit gegeben. Außerdem hätte auch Sayda mit rückläufigen Gewerbesteuererinnahmen zu kämpfen. Ideen der Menschen, das Leben im Ortsverband zu bereichern, würden oft an fehlenden finanziellen Mitteln scheitern. Die BewohnerInnen der Erzgebirgsgemeinden würden sich zudem wegen der unzureichenden Verkehrsanbindungen an Städte wie Dresden, Chemnitz und Freiberg oft vernachlässigt und abgeschnitten vom kulturellen und wirtschaftlichen Leben fühlen.

Thomas Gerlach freute sich aber sehr, dass Abgeordnete der Linken den Weg nach Sayda gefunden haben und sich für die Probleme der Menschen in den ländlichen Regionen stark machen werden. Dazu gab er ihnen ein Schreiben mit, in dem die Saydaer Gewerbetreibenden die angesprochenen Fragen und Probleme noch einmal zusammenfassen. Rico Gebhardt und Dr. Jana Pinka versprochen, darauf im Rahmen ihrer Möglichkeiten als Oppositionspartei Antworten zu finden und Lösungsvorschläge anzubieten.

„Schon der Tour-Auftakt bewies, dass es dringend nötig ist, mehr für die Menschen in den ländlichen Regionen des Freistaates zu tun. Sie erwarten von uns, dass wir uns ihrer Probleme, Sorgen und Ängste annehmen, ihnen zuhören und gemeinsam mit ihnen nach Lösungswegen suchen. Oft haben sie diese bereits sogar schon parat“, fassen Dr. Jana Pinka und Rico Gebhardt den Tag zusammen.

menschenrechte im fokus

von unserem redaktionsmitglied achim grunke

Offenkundig werden überall auf der Welt die Menschenrechte nur in unzureichendem Maße realisiert. Es vergeht kaum ein Tag, an dem in den Medien nicht über Gewalt und Misshandlung, Unrecht und die Verweigerung von grundlegenden Existenzrechten berichtet wird. Was aber sind Menschenrechte, was gehört dazu und wo liegt ihre Herkunft?

Begriff und Herkunft

Allgemein versteht man unter Menschenrechten unveräußerliche, mit der Würde der Person untrennbar verbundene Rechte auf Anerkennung und Achtung ihrer wesentlichen Existenzbedingungen. Es sind grundlegende Garantien für den Menschen zur Gewährleistung seiner individuellen Freiheit, Sicherheit und Würde, für seine allseitige Entwicklung sowie für seine Einwirkungsmöglichkeiten auf die Gesellschaft.

Abgesehen von einigen geistigen Vorläufern in Antike und Mittelalter hat die Idee der Menschenrechte ihren Ursprung in der Neuzeit vor der Französischen Revolution von 1789. Menschenrechte waren hier eine geistige Waffe des aufstrebenden Bürgertums gegen feudalabsolutistische Herrschaft.

Die ersten Dokumente der Neuzeit, in denen die Menschenrechte eine verfassungsmäßige Ausgestaltung erfahren, sind die im Zuge der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 beschlossene Virginia Bill of Rights und die französische Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789. In Artikel 2 dieser Erklärung heißt es: „Die Menschen werden frei und gleich an Rechten geboren und bleiben es. Diese Rechte sind die Freiheit, das Eigentum, die Sicherheit, der Widerstand gegen Unterdrückung.“ Das Eigentum, in Artikel 17 der Erklärung als ein „geheiligt und unverletzliches Recht“ stand ganz im Interesse des Bürgertums, bedeutete aber im realen Leben, dass diejenigen, die nicht über Eigentum an Kapital und Produktionsmitteln verfügten, weniger gleich waren als das besitzende Bürgertum. Eine formale Gleichheit führte also noch lange nicht zur realen Gleichheit, obgleich die formale Gleichheit ohne Zweifel ein Fortschritt gegenüber den feudalen Herrschaftsstrukturen war. Außerdem konnte der Lohnarbeiter nunmehr ohne die Fesseln der Leibeigenschaft über seine Arbeitskraft selbständig verfügen, durfte aber jetzt arbeiten „unter der majestätischen Gleichheit des Gesetzes, das Reichen wie Armen verbietet, unter Brücken zu schlafen, auf den Straßen zu betteln und Brot zu stehlen“, wie es Anatol France (Literaturnobelpreisträger 1921)

sarkastisch bemerkte.

Internationale Menschenrechte

Wie ein Staat seine Angehörigen behandelte und welche Rechte ihnen zubilligt wurden, fiel bis 1945 in dessen alleinige innere Zuständigkeit. Die Schrecken des Zweiten Weltkriegs und vor allem die Verbrechen des deutschen Faschismus gaben den Anstoß dafür, Menschenrechte fortan als einen Gegenstand der internationalen Beziehungen zu gestalten, aus der Erkenntnis heraus, dass faschistische Diktatur nach innen zu Aggression und Krieg nach außen geführt hatte.

Als erstes Ergebnis wurde am 10. Dezember 1948 von der UNO-Generalversammlung die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte beschlossen. Obwohl diese Erklärung noch keinen völkerrechtlich bindenden Charakter hatte und sich „als das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal“ verstand, bleibt sie bis heute eine international anerkannte Orientierungshilfe von hoher moralischer Legitimation für die



Durchsetzung der Menschenrechte. In ihr waren erstmals in einem internationalen Menschenrechtskatalog bürgerliche, politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte aufgelistet. Auf die in der Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten hat jeder Anspruch, „ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand.“

- Auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung wurden danach zwei grundlegende, völkerrechtlich verbindliche Menschenrechtsdokumente von der UNO-Generalversammlung 1966 verabschiedet, die 1976 in Kraft traten.

Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte schützt das Recht auf Leben, auf Freiheit, auf einen fairen Prozess, auf Reisefreiheit, auf Meinungs- und Gewissensfreiheit, auf

friedliche Versammlung, auf Familie und auf Schutz der Privatsphäre. Einzelne Rechte (z.B. Reisefreiheit, Meinungs- und Gewissensfreiheit) können nur durch Gesetz eingeschränkt werden, wenn das zum Schutz der nationalen Sicherheit oder der öffentlichen Ordnung erforderlich ist. Absolut verboten sind Sklaverei, Folter, grausame oder erniedrigende Behandlung und Bestrafung sowie Diskriminierung und willkürliche Verhaftung. Ferner darf niemand wegen Geldschulden in Haft genommen werden. Jeder Staat, der dem Pakt beitrifft, verpflichtet sich, diese Rechte „allen in seinem Gebiet befindlichen und seiner Herrschaftsgewalt unterstehenden Personen“ zu gewährleisten.

Im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verpflichten sich die dem Pakt beigetretenen Staaten, „unter Ausschöpfung aller ... Möglichkeiten Maßnahmen zu treffen, um nach und nach mit allen geeigneten Mitteln, vor allem durch gesetzgeberische Maßnahmen, die volle Verwirklichung der in diesem Pakt anerkannten Rechte zu erreichen“. Dazu gehören insbesondere: das Recht auf

eine tatsächlich oder mutmaßlich von ihr oder einem Dritten begangene Tat zu bestrafen oder um sie oder einen Dritten einzuschüchtern oder zu nötigen, oder aus einem anderen, auf irgendeiner Art von Diskriminierung beruhenden Grund“.

Wenn von Folter im 21. Jahrhundert die Rede ist, dann wird zumeist angenommen, das finde allenfalls in Diktaturen oder sog. „Schurkenstaaten“ (von der US-Regierung unter George W. Bush gebräuchlicher Begriff) statt. Nun belegt aber der CIA-Folterreport, ein offizieller Bericht des US-Senats, dass unter der Regierung von George W. Bush die USA im erklärten Kampf gegen den Terrorismus selbst Foltermethoden praktiziert haben. Die Anti-Folterkonvention lässt jedoch keine Ausnahmen zu: „Außergewöhnliche Umstände gleich welcher Art, sei es Krieg oder Kriegsgefahr, innenpolitische Instabilität oder ein sonstiger öffentlicher Notstand, dürfen nicht als Rechtfertigung für Folter geltend gemacht werden... Eine von einem Vorgesetzten oder einem Träger öffentlicher Gewalt erteilte Weisung darf nicht als Rechtfertigung für Folter geltend gemacht werden.“

Wie Dianne Feinstein, die Vorsitzende des Geheimdienstauschusses des US-Senats, in ihrem Vorwort zu dem veröffentlichten Bericht über die Folterpraktiken der CIA schreibt, waren die Haftbedingungen und die Anwendung erlaubter und unerlaubter Verhör- und Konditionierungsverfahren „grausam, unmenschlich und entwürdigend“. Da es sich hierbei aber nicht um Verirrungen einzelner Vernehmungsbearbeiter handelte, sondern einschlägige Dienstvorschriften der CIA konkrete Folterpraktiken als Handlungsanleitung enthielten, muss konstatiert werden, dass die USA im Namen der „nationalen Sicherheit“ das Recht gebrochen und schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen begangen haben.

Nach der Anti-Folterkonvention darf ein Staat, der dieser Konvention beigetreten ist, „eine Person nicht in einen anderen Staat ausweisen, abschieben oder an diesen ausliefern, wenn stichhaltige Gründe für die Annahme bestehen, dass sie dort Gefahr liefe, gefoltert zu werden.“ Da kürzlich im Deutschen Bundestag die Maghrebstaaten Tunesien, Algerien und Marokko zu sog. „sicheren Herkunftsstaaten“ erklärt wurden, in die aus diesen Ländern stammende Flüchtlinge abgeschoben werden können, muss hier die Frage erlaubt sein, ob diese Entscheidung menschenrechtskonform ist. Es wird berichtet, dass in diesen Ländern das Foltern eine gängige Praxis ist und dass das illegale Verlassen des Landes als Straftat gilt. Da besteht schon die Gefahr, dass bei der Vernehmung der Zurückgeführten auch Folter zur Anwendung kommen kann.

Arbeit und gerechte Arbeitsbedingungen, das Streikrecht, das Recht auf Ernährung, das Recht auf Wohnen, das Recht auf Gesundheit und medizinische Versorgung, das Recht auf Bildung und Teilnahme am kulturellen Leben.

Weitere UNO-Menschenrechtsverträge wurden insbesondere auf folgenden Gebieten abgeschlossen: Rechtsstellung der Flüchtlinge (1951), Beseitigung der Rassendiskriminierung (1966), Beseitigung der Diskriminierung der Frau (1979), Übereinkommen gegen Folter (1984), Rechte des Kindes (1989), Rechte von Menschen mit Behinderungen (2006).

Das Folterverbot

Nach der Anti-Folterkonvention von 1984 gilt als Folter „jede Handlung, durch die einer Person vorsätzlich große körperliche oder seelische Schmerzen oder Leiden zugefügt werden, zum Beispiel um von ihr oder einem Dritten eine Aussage oder ein Geständnis zu erlangen, um sie für

kreisvorstand aktuell

Am 2. Mai fand im Bürgerbüro Mittweida, Weberstraße 30, die turnusmäßige Beratung des Kreisvorstandes statt. Auf der Tagesordnung standen folgende Themen:

- Die Auswertung der Veranstaltungen zum 1. Mai in Döbeln, Freiberg und Mittweida (dazu ausführlich auf den Seiten -4- und -5-). Maiveranstaltungen fanden auch in Burgstädt und Geringswalde statt. Auch über die Veranstaltung in Chemnitz mit Katja Kipping wurde informiert. Insgesamt sei der Besuch bei den Veranstaltungen bescheiden gewesen.
- Die Vorbereitung der Beratung mit den Orts- und Basisgruppenvorsitzenden am 3. Mai in Siebenlehn, auf der Ralf Hron, Regionalgeschäftsführer der DGB-Region Südwestsachsen sprach (wir berichten dazu in dieser Ausgabe), der Gedenkveranstaltungen zum Tag der Befreiung am 8. Mai sowie der gemeinsamen Beratung der Kreisvorstände Mittelsachsen und Zwickau der LINKEN am 30. Mai im Brauhaus Freiberg.
- Die vorliegenden Anträge für den 13. Landesparteitag der sächsischen LINKEN am 18. Juni in Neukirchitzsch (die aktuelle Übersicht der Anträge ist im Internet auf der Seite des Landesverbandes der LINKEN abrufbar). Im Mittelpunkt standen dabei das Wahl- und Aufstellungsverfahren für die Bundestagswahlen 2017 sowie zwei Satzungsmodelle („kleine bzw. große Lösung“) für künftige Beratungen im Landesverband. Im Mittelpunkt dabei die Rolle des Landesrates.
- Die gegenwärtige intensive Diskussion zur Finanzsituation im Landesverband, die auch im Landesrat geführt wurde. Dazu wurde von einer dreiköpfigen Arbeitsgruppe, welcher auch der Kreisvorsitzenden Falk Neubert angehörte, ein Sachantrag für den Landesparteitag vorbereitet, welcher sich mit Zielen und Grundsätzen eines neuen Finanzkonzeptes des Landesverbandes beschäftigt. Außerdem erarbeiteten Tilmann Lohs, Falk Neubert und Mirko Schultze „organisatorische Vorschläge zur Sicherung der politischen Handlungsfähigkeit im Landesverband“, vor allem aus Sicht der rückläufigen Beitragsentwicklung durch die sinkenden Mitgliederzahlen.
- Die Beratung des Vorgehens (entsprechend der Bundessatzung der LINKEN) mit säumigen Mitgliedern aus dem Kreisverband. Dazu wurden konkrete Festlegungen für jeden einzelnen Fall getroffen. Im Ergebnis eines Briefes des Landesschatzmeisters erhöhte eine Anzahl von Genossinnen und Genossen ihren Beitrag. Quantifizierbare Aussagen stehen noch aus.
- Die Übermittlung von Informationen per eMail aus den Bundes-, Landes- und Kreisgeschäftsstellen an die Mitglieder der Verteilerlisten. Diese soll künftig koordinierter und zielgerichteter erfolgen.

unsere jubilarer

all unseren genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen sowie unseren hochbetagten gratulieren wir hiermit ganz besonders herzlich !



im monat juni 2016 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

Bernhard Zickow	geb. am 03.06.1951,	in	Freiberg
Charlotte Burkhardt	geb. am 03.06.1925,	in	Petershagen
Manfred Richter	geb. am 04.06.1941,	in	Taura
Reiner König	geb. am 05.06.1941,	in	Freiberg
Sonja Winkler	geb. am 05.06.1931,	in	Freiberg
Anita Götze	geb. am 06.06.1930,	in	Flöha
Lothar Reuter	geb. am 08.06.1941,	in	Freiberg
Rita Griesbach	geb. am 10.06.1951,	in	Brand-Erbisdorf
Karla Wilhelm	geb. am 12.06.1926,	in	Altmittweida
Elfriede Fleischer	geb. am 13.06.1919,	in	Döbeln
Heinz Hoyer	geb. am 13.06.1924,	in	Hainichen
Rainer Eckert	geb. am 14.06.1941,	in	Geringswalde
Ursula Hunger	geb. am 14.06.1928,	in	Mittweida
Anneliese Gotthard	geb. am 15.06.1931,	in	Burgstädt
Ulrich Hübner	geb. am 15.06.1935,	in	Mittweida
Sonja Holstein	geb. am 15.06.1933,	in	Flöha
Helga Schmidt	geb. am 18.06.1930,	in	Brand-Erbisdorf
Thea Rasser	geb. am 19.06.1930,	in	Frankenberg
Christa Lindner	geb. am 25.06.1929,	in	Lichtenau
Adelheid Klatz	geb. am 26.06.1946,	in	Waldheim
Wolfgang Junghanns	geb. am 28.06.1935,	in	Augustusburg
Christian Gühne	geb. am 29.06.1929,	in	Lichtenau

jahrestage im juni 2016

16.06. - 26.07. 1866: Der Preußisch-Osterreichische Krieg endet mit dem Sieg Preußens.

19.06. 1891: John Heartfield (Grafiker, politische Fotomontage) geboren.

28.06. - 30.06. 1916: Erste politische Massenstreiks während des Krieges in Deutschland.

13.06. 1926: Einweihung des Revolutionsdenkmals (Architekt: Ludwig Mies van der Rohe) auf dem Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde.

20.06. 1926: Volksentscheid für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Nur 36,4 % aller Wahlberechtigten befürworteten die Enteignung.

18.06. 1936: Maxim Gorki (sowjetischer Schriftsteller) verstorben.

22.06. 1941: Überfall der faschistischen deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion (Unternehmen „Barbarossa“) unter Bruch des Nichtangriffspaktes vom August 1939.

30.06. 1946: Volksentscheid in Sachsen. 77,6 % stimmen für die entschädigungslose Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher.

21.06. 1956: Die DDR-Regierung gibt die

Entlassung von 691 Sozialdemokraten aus DDR-Haftanstalten bekannt. Ihnen war Tätigkeit für das SPD-Ostbüro zur Last gelegt worden.

16.06. 1976: Schüler aus den afrikanischen Ghettos demonstrieren in Johannesburg gegen die Einführung von Afrikaans als Schulsprache. Das Apartheid-Regime reagiert mit Waffengewalt.

17.06. 1991: Deutschland und Polen unterzeichnen in Bonn den Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit.

20.06. 1991: Mit 338 gegen 320 Stimmen entscheiden sich die Abgeordneten des Deutschen Bundestages für Berlin als künftigen Regierungssitz.

28.06. 1991: Der 1949 gegründete Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) wird auf der 49. Konferenz der Mitgliedsstaaten in Budapest aufgelöst.

15.06. 1996: Sternmarsch gegen Sozialabbau mit 350.000 Teilnehmern in Bonn.

06.06. 2006: Aufruf von Vertretern der Linkspartei und der WASG zur Gründung einer neuen Partei.

06.06. 2011: Die Bundesregierung beschließt den stufenweisen Ausstieg aus der Atomenergie.

terminübersicht

mai 2016

28. und 29.05. 1. Tagung des 5. Parteitages der LINKEN in Magdeburg
- 30.05. 18 Uhr Gemeinsame Beratung der Kreisvorstände Mittelsachsen und Zwickau der LINKEN
Freiberg, Hotel „BrauhoF“
- 30.05. 14 Uhr Redaktionsberatung der LinksWorte
Freiberg, Bürgerbüro Domgasse 7
- 31.05. 18 Uhr Diskussionsabend des [solid] - Stadtverbandes Freiberg mit MdL Mirko Schultze und Gästen zum Türkei-Kurdistan-Konflikt
VdK Freiberg, Schillerstraße 3

juni 2016

- 07.06. 16 Uhr Veranstaltung der Regionalgruppe Freiberg des Rot-Fuchs-Fördervereins e.V. mit Dr. Volkmar Külöw (Leipzig) zum Thema „100 Jahre Lenins Imperialismusschrift und die gegenwärtige Imperialismusdebatte“
Freiberg, Regenbogenhaus, Brückenstraße
- 18.06. 09 Uhr 13. Landesparteitag der LINKEN Sachsen
Neukiritzsch, Park Arena
- 20.06. 19 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes
Freiberg, Kreisgeschäftsstelle Lange Straße 34
- 22.06. 18 Uhr Ehrung der Gefallenen der Sowjetarmee anlässlich des 75. Jahrestages des Überfalls der faschistischen deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion
Freiberg, Gedenkstätte Himmelfahrtsgasse
- 25.06. Fest der LINKEN
Berlin, Luxemburgplatz
- 27.06. 14 Uhr Redaktionsberatung der LinksWorte
Freiberg, Kreisgeschäftsstelle, Lange Straße 34

das neue gesicht



Es fiel mir ziemlich schwer, bei den Erklärungen die Übersicht zu behalten, welche mir **Conny Richter** am Rande der Regionaltour der Landtagsfraktion gab, als es um ihren Aufgabenbereich bei der LINKEN ging. Eigentlich, so die Quintessenz, vertrete sie **Marika Tändler-Walenta**, die als Mitarbeiterin im Landesvorstand zeitweilig ebenfalls eine junge Frau vertreten habe, bis sie selbst in Schwangerschaftsurlaub ging. Lange Rede, kurzer Sinn: Conny arbeitet seit einiger Zeit als Mitarbeiterin für die Region Südwestsachsen für die Linksfraktion des sächsischen Landtages. Die Aufgabe der Regionalmitarbeiter sei es vor allem, die Kampagnefähigkeit der Landtagsfraktion zu erhöhen. Ihren stationären Arbeitsplatz hat Conny im Bürgerbüro der LINKEN in Döbeln bezogen. Zurzeit plant sie eine weitere Phase der Fraktionstour, die im Zeitraum zwischen 13. und 22. Juni zu konkreten Thementagen auch wieder nach Mittelsachsen führen wird. U.a. sei ein Besuch in Flöha bei **Volker Holuscha**, dem Oberbürgermeister der LINKEN, geplant.

örtlicher personennahverkehr: regionen verbinden – lebensqualität aufwerten

von Kerstin Ufer

Der Auftakt der Tour der Landtagsfraktion der LINKEN (ausführlicher Bericht auf Seite -9-) endete dann mit dem eigentlichen Höhepunkt des Tages. Bei einem öffentlichen BürgerInnen-Forum ging es um ein Thema, das aktuell in den Städten und Gemeinden Sachen für rege Diskussionen sorgt: um den Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV). Als kompetenten Referenten hatten wir dazu MdL **Marco Böhme, Fraktions-Sprecher für Klimaschutz und Mobilität**, in die Villa Toscana eingeladen worden. Er erläuterte in seinem Vortrag, dass die Zuschüsse des Bundes an die Länder zwar steigen, bei Weitem aber nicht ausreichen, um die Qualität des ÖPNV in den nächsten Jahren weiter aufrecht zu erhalten. Die Folge sind Streckenstilllegungen, Preiserhöhungen und Personalabbau. Das führt dann unweigerlich dazu, dass die Lebensqualität vor allem der Menschen in den ländlichen Regionen weiter sinkt, sie sich vernachlässigt, an den Rand gedrängt fühlen und noch weniger am kul-

turellen Leben teilnehmen können. Ältere und sozial schwache Menschen wären davon besonders betroffen. Aber auch dem Umwelt- und Klimaschutz könne weniger Rechnung getragen werden. Besonders kritisierte Marco Böhme, dass der Freistaat im Gegensatz zu anderen Bundesländern, nur etwa 70 Prozent der Regionalisierungsmittel an die Verkehrsverbünde weiterreicht. Mit dem einbehaltenen Geld finanziert er zum Beispiel den Schülerverkehr, Schmalspurbahnen und andere Maßnahmen, für die eigentlich landeseigene Haushaltsmittel zur Verfügung stehen müssten. Eine weitere Forderung der Fraktion Die Linke an die Landesregierung ist zudem, nachdrücklich gegen die Erhöhung der Netzentgelte zu protestieren. Statt des Trassenneubaus sollte zudem die Reparatur der Straßen favorisiert werden. Diskutiert werden müsse zudem die schnellstmögliche Anbindung von Chemnitz an das Fernverkehrsnetz sowie die Einführung eines Sozialtickets für einkommensschwache Menschen. Im Anschluss antworteten Marcus Böhme, Rico Gebhardt und Dr. Jana Pinka während einer regen Diskussion auf zahlrei-



Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere teure Verstorbene:

Lisette Hätte aus Flöha

Wir werden ihr stets unser ehrendes Andenken bewahren.